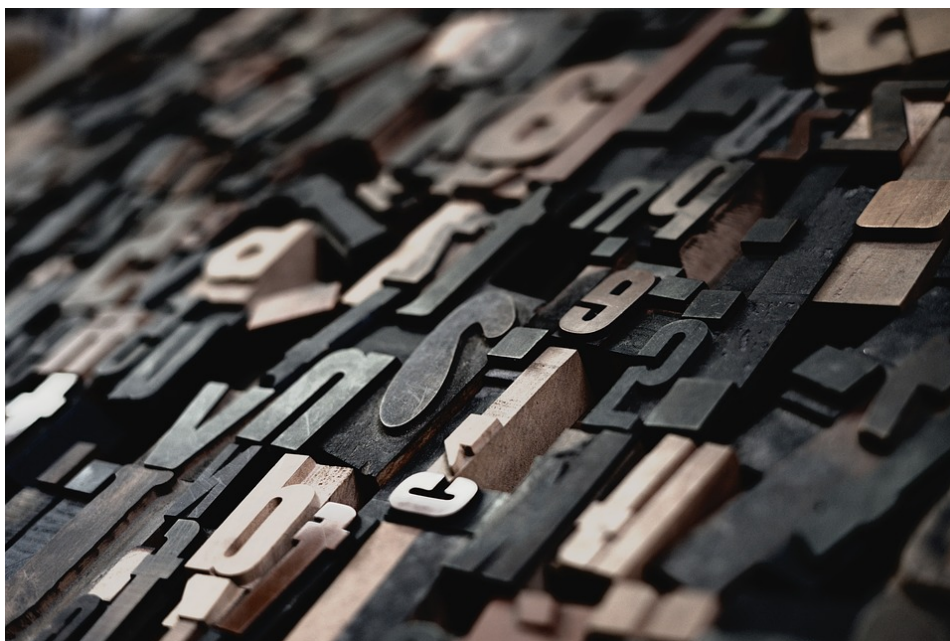


Gesundheitsreform unter Druck: ver.di fordert grundlegende Veränderungen

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert im Zuge der aktuellen Bundestagsabstimmung zur Krankenhausreform grundlegende Nachbesserungen. Sylvia Bühler, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands, betont die Notwendigkeit einer Brückenfinanzierung für gefährdete Kliniken und kritisiert die vorgeschlagene Finanzierung aus gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträgen als ungerecht. Der Artikel beleuchtet die Herausforderungen der Krankenhausversorgung in Deutschland und die Forderungen nach einer verbesserten Personalausstattung sowie fairen Arbeitsbedingungen für Beschäftigte.



Der Bundestag steht heute im Mittelpunkt eines dramatischen Kampfes um die Zukunft der Krankenhausversorgung in Deutschland! Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) schlägt Alarm und fordert sofortige und drastische

Nachbesserungen am Gesetzentwurf zur Krankenhausreform. „Die Krankenhausversorgung ist elementar für die Menschen im Land, sie ist im wahrsten Sinne des Wortes lebensnotwendig,“ erklärt **Sylvia Bühler**, ein Schlüsselmitglied des ver.di-Bundesvorstands.

Was steckt hinter dieser Forderung? Bühler warnt eindringlich: „Eine Brückenfinanzierung für wirtschaftlich angeschlagene Krankenhäuser ist jetzt unerlässlich!“. Nichts darf geschlossen werden – keine Abteilungen und keine Kliniken, die für die Gesundheit der Menschen unabdingbar sind. Jeder muss sich auf ein starkes Gesundheitssystem verlassen können – und das in jeder Ecke Deutschlands!

Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung stoppen!

Der Vorstoß zur Hospitalreform, so Bühler, erreicht nicht das angestrebte Ziel. „Mit dem aktuellen Gesetzentwurf kommen wir nicht von der Ökonomisierung weg – wir erleben eine Verschlimmbesserung!“. Sie fordert vor allem eine grundlegende Vorhaltefinanzierung, um die bisherigen Fallpauschalen zu überwinden.

Ein weiteres heißes Eisen ist die Frage der Finanzierung: „Dieser Umbau muss aus Steuermitteln finanziert werden und nicht überwiegend durch die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung!“. Es ist nicht nur unangemessen, gesetzlich Versicherte mit zusätzlichen Kosten zu belasten, sondern auch zutiefst ungerecht, dass Privatversicherte von dieser Pflicht befreit sind. „Bund und Länder müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen!“, unterstreicht Bühler nachdrücklich.

Fokus auf Personal und Arbeitsbedingungen!

Ver.di zeigt sich jedoch erfreut über einen neuen Vorschlag, der die Einrichtung einer Kommission zum Ziel hat. Diese soll Wege zur besseren Personalbemessung im Gesundheitssektor erforschen. „Das ist eine seit Jahren von uns geforderte Maßnahme!“, verkündet Bühler und drängt darauf, dass ver.di als größte Interessenvertretung der Krankenhausbeschäftigten an dieser wichtigen Kommission beteiligt wird.

Ein weiterer Lichtblick in der Debatte: Künftige Tarifierhöhungen sollen bereits in diesem Jahr für alle Beschäftigten in Krankenhäusern vollständig ausgeglichen werden. Bühler sieht das klar: „Nur unter guten Arbeitsbedingungen können wir die besten Fachkräfte im Krankenhaus gewinnen und halten!“. Es ist ein Appell an alle Verantwortlichen, jetzt zu handeln, bevor es zu spät ist!

Die Augen der Nation sind auf den Bundestag gerichtet, während sich ein entscheidender Moment in der Gesundheitsversorgung abspielt. Es liegt an den Politikern, die richtigen Entscheidungen zu treffen und die Weichen für eine zukunftssichere Krankenhauslandschaft zu stellen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de